

EU – keine Union zur Friedenssicherung, sondern eine Kriegsunion

Österreich wird von niemandem bedroht! Laut Umfrage fühlen sich 81% der Österreicher*innen sicher in Österreich, nur 5% fühlen sich unsicher, so Brigadier Walter Feichtinger vom IFK (Institut für Friedenssicherung- und Konfliktforschung des Bundesheeres).

Österreich ist neutral. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, 80 bis 90% der Österreicher*innen sind für die Neutralität und wollen keine Kriegsteilnahme Österreichs. Warum verlangt dann der Übergangs-Verteidigungsminister Thomas Starlinger das Militärbudget Österreichs zu verdreifachen? Warum macht dann Österreich an der EU-Aufrüstung im Zuge des PESCO-Vertrages, dem EU-Militärbündnis, mit?

Die Milliarden, die Starlinger fürs Heer verlangt, dienen keineswegs für Katastrophenschutz, Sanierung des Fuhrparks und Kasernen, wie er behauptet, sie sollen vor allem für Abfangjäger, Schützenpanzer, Auslandseinsätze und EU-Aufrüstung ausgegeben werden. Allein die geplanten 15 Abfangjäger würden ca. 2,25 Mrd. Euro kosten (ca. 150 Mio. pro Stück).

Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik wollen zur Sicherung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“, sprich ihrer Profite, in Konkurrenz zu und mit den USA im Rahmen von EU bzw. NATO ihr Wirtschaftsinteressen auch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Österreichs Regierende wollen uns an die EU Militarisation und/oder an die NATO „anschließen“!

Die Neutralität Österreichs steht ihnen dabei im Wege. Deshalb wird von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft behauptet, dass man Österreichs „Sicherheit“ nur in der sogenannten „Friedensunion EU“ garantieren könne. In Wahrheit rüstet die EU massiv auf und nimmt an Kriegen teil. Das steht Österreichs Neutralität und dem Neutralitätsgesetz total entgegen: Im Folgenden das „Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die **Neutralität Österreichs**“ im Wortlaut:

„(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Die Neutralität ist das Ergebnis der Auswirkungen und der Erkenntnisse aus dem II. Weltkrieg, nie wieder in Kriege hineingezogen zu werden, nie wieder an Kriegen teilnehmen zu wollen.



Wer ist der umtriebige Übergangs- (für manche schon künftiger) Verteidigungsminister Thomas Starlinger?

Thomas Starlinger war von 2003 bis 2007 bei der „Europäischen Verteidigungsagentur“ in Brüssel, ab 2006 dort mit Rüstungsplanung, -beschaffung sowie -forschung befasst. Von November 2008 bis Mai 2009 erhielt Starlinger das Kommando der NATO Mission der Kosovo-Schutztruppe KFOR mit 3500 Soldaten aus Bulgarien, Deutschland, Österreich, die Truppe stellt die Besatzung des Kosovo. Ab 2013 hatte er dann vier Jahre lang den Posten des Vize-Chefs des Stabes beim „Multinationalen Kommando Operative Führung“ der NATO in Ulm. Das Kommando umfasst Land-, Luft-, Seestreitkräfte sowie Spezialkräfte.

2017 wurde Starlinger in Österreich zum Generalmajor ernannt. 2018 erhielt Starlinger bei der NATO Übung „Trident Jaguar 2018“ im Joint Warfare Centre (JWC) in Stavanger in Norwegen die Fähigkeitsbescheinigung, multinationale und teilstreitkraftübergreifende Einsätze zu planen und zu führen. Er war dann für ein Jahr in Rufbereitschaft, um im Krisenfall im Rahmen des Multinationalen Kommandos weltweit NATO-Kräfte zu führen.

Starlinger galt laut Medienberichten übrigens auch als Befürworter des Berufsheeres und der Abschaffung der Wehrpflicht (APA/red., Die Presse, Print-Ausgabe, 25.01.2017).

Starlinger hat eine lange Karriere in verschiedenen Bereichen der NATO bzw. EU-Aufrüstungs- bzw. Militarierungsstrukturen vor allem im Rahmen der deutschen Bundeswehr absolviert.

Seine Karriere ist nur ein exemplarisches Zeichen, dass die herrschende Politik, alle Regierungen seit Ende der 90iger Jahre die Neutralität, das Neutralitätsgesetz, das ein Verfassungsgesetz unserer demokratischen Republik Österreich ist, ignorieren, also Verfassungsbruch begehen. All die Ausbildungen und Tätigkeiten von Generalmajor Starlinger und auch sämtlicher anderer Militär-angehöriger unseres Bundesheeres im Rahmen der NATO bzw. einer EU-Militärunion sind mit der Neutralität unvereinbar!



Österreich auf dem Weg in die EU-Kriegsunion?

Seit Jahren wird die Neutralität von unseren Regierenden ausgehöhlt um den Weg entweder in ein neues EU-Militärbündnis bzw. in die von den USA dominierte NATO frei zu bekommen. Sie scheren sich nicht um das Neutralitätsgesetz, für sie endet ihr Demokratieverständnis wenn es um die Interessen der Konzerne und Militärs geht, die sie vertreten. Die Regierenden haben schon mit dem Beschluss des Kriegsermächtigungsartikels 23f im Jahre 1998 einen glatten Neutralitätsbruch begangen und damit schon damals Kampfeinsätzen auch ohne UNO-Mandat zugestimmt. Sie haben den neuen EU-Vertrag unterschrieben, der 2006 in Kraft trat. Dieser besagt unter anderem, dass es in der EU eine ständige Aufrüstungspflicht geben soll. Ein eigenes EU-Rüstungsamt soll dies durchsetzen sowie die Kriegswaffenindustrie fördern.

PESCO – EU-Aufrüstung für eine EU-Kriegsunion

Österreichs Regierung, der damalige Außenminister Kurz unter Kanzler Kern, hat bereits 2017 den so genannten PESCO-Vertrag für ein militärisches Kerneuropa unterschrieben. Danach verpflichten sich die unterzeichneten Staaten

- das Heeresbudget auf 2% des BIP (Bruttoinlandsprodukt) zu erhöhen, d.h. von derzeit ca. 2,6 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro, (also von ca. 0,6% auf das Dreifache).
- Zweitens verpflichtet die EU-PESCO uns „wesentliche Unterstützung in Form von

Truppen und Material für EU-Auslandseinsätze bereitzustellen“, d.h. Soldaten in globale EU-Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken, unsere Steuergelder und das Leben unserer Soldaten für EU-Kriege bereitzustellen.

- Drittens verpflichtet die EU die EU-Staaten für die EU-Rüstungsunion zu zahlen, d.h. unter anderem für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern dutzende Milliarden Euro bereitzustellen.

Im Übrigen hat Verteidigungsminister Starlinger am 12. November 2019 das erste Projekt eines gemeinsamen Kommandos der Spezialkräfte der vier NATO-Staaten Kroatien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Österreich mitunterzeichnet (R-SOCC) Weiters hat er in Brüssel das erste Projektabkommen des von Österreich geleiteten PESCO-Projekts „CBRN Surveillance as a Service (CBRN SaaS)“ unterzeichnet. Ziel des Projekts ist, den Einsatz unbemannter Bodensysteme und Luftdrohnen zu entwickeln, die mit Sensoren ausgestattet werden, um ABC-Kampfstoffe zeitgerecht zu erkennen.

„PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der EURO für die Wirtschaft“. (Berliner Morgenpost: Wie sich Europa für die Zukunft rüstet, 8.11.2017). Doch die überwältigende Mehrheit der Menschen EU-weit will keinen Krieg.

NATO – Krieg gegen den „Osten“

Seit 2018 wurde und wird ein zweiter NATO Kommandostab (JSEC) in Ulm aufgebaut, der unter anderem die Bewegung von Truppen und Kriegsgüter an die NATO-Ostflanke besser und schneller organisieren soll. Bis zu 60.000 Soldaten sollen von dort aus gesteuert werden. Dieses Kommando wird von der Gastnation Deutschland betrieben und soll nur bei Bedarf dem Bündnis unterstellt werden.

Von hier aus soll der nächste Krieg gegen Russland vorbereitet werden. Es geht wieder an die Ostfront! Im Weißbuch der deutschen Bundeswehr heißt es auch: „*Russland stellt auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent dar*“.

Manöver Defender 2020

Im Frühjahr 2020 proben die USA und ihre europäischen Verbündeten die transatlantische Mobilmachung gegen Russland. Mit insgesamt ca. 37.000 Soldaten ist es die größte „Übung“ dieser Art bisher. 20.000 US-Soldaten kommen aus den USA. Das Manöver findet wieder an der Ostfront statt, d.h. in Polen und dem Baltikum (Estland, Litauen, Lettland). Die Soldaten werden durch Deutschland durchgeschleust, an die Ostflanke der NATO verlegt. Zu den Soldaten kommen zehntausende „Militärfahrzeuge“ – das sind Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Lastwagen, Jeeps und Materialcontainer.